

PRESSEMITTEILUNG

Mangelhafte Transparenz und Pflichtversäumnis: IG „Unser Wald“ wirft Landratsamt systematische Blockadehaltung vor

Altötting, 21. Juli 2026– Die Interessengemeinschaft (IG) „Unser Wald“ äußert scharfe Kritik am Verhalten des neuen Landrats Windshorst in der jüngsten Kreistagssitzung sowie an der anhaltenden Informationsblockade des Landratsamtes. Angesichts der aktuellen EU-Warnungen vor Trifluoressigsäure (TFA) fordert die Bürgerinitiative ein klares Umdenken und den Stopp der genehmigten Einleitung von bis zu einer Tonne TFA pro Jahr.

Drei Monate Funkstille: Landrat verweigert den Dialog mit den Bürgern

Die respektlose Haltung des neuen Landrats gegenüber den Sorgen der Bevölkerung spiegelt sich nicht nur in seinen Aussagen wider, sondern auch in seinem Handeln: Seit nunmehr drei Monaten wartet die IG „Unser Wald“ auf die Beantwortung einer offiziellen Anfrage für einen gemeinsamen Austausch. Dass der Landrat die Bürgerinitiative seit einem Vierteljahr komplett ignoriert, zeigt deutlich, wie wenig Interesse an einem ernsthaften Dialog über den Gesundheitsschutz vor Ort besteht.

Intransparenz als System: Mauern bei TFA und Windpark-Protokoll

Diese Blockadehaltung zieht sich durch die gesamte Kommunikation der Behörde bei zentralen Zukunftsthemen des Landkreises:

1. UIG-Anfrage zu TFA ignoriert:

Nachdem eine erste Anfrage der Initiative zu den TFA-Belastungen vom Landratsamt lediglich oberflächlich und völlig ungenügend abgespeist wurde, hakte die IG „Unser Wald“ am 3. Juli mit einer detaillierten Anfrage nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) nach. Die Reaktion der Behörde: Bis heute absolute Funkstille – nicht einmal eine Eingangsbestätigung wurde übermittelt.

2. Zugesagtes Protokoll zum Windpark-Erörterungstermin vorenthalten:

Ein identisches Bild zeigt sich bei der Windpark-Planung: Den Beteiligten wurde im Nachgang zum wichtigen Erörterungstermin im Mai die offizielle Protokollabschrift fest zugesagt. Obwohl dieses Protokoll nach Kenntnis der IG behördlich längst fertiggestellt ist, wird es den Bürgerinnen und Bürgern sowie den betroffenen Verbänden bis heute vorenthalten. Eine sachgerechte Nachbereitung und rechtliche Prüfung wird dadurch gezielt erschwert.

„Hier wird systematisch gemauert und das gesetzliche Recht der Bürger auf Information schlicht ausgesessen“, kritisiert die IG „Unser Wald“. „Egal ob es um bedenkliche Ewigkeitschemikalien im Trinkwasser geht oder um die Dokumentation von Bürgerterminen beim Windpark – wer so mit Transparenz umgeht, hat offenbar etwas zu verbergen.“

Absurde Wein-Vergleiche statt echtem Gesundheitsschutz

Statt des geforderten Dialogs und transparenter Fakten bückte Landrat Windhorst die massiven Bedenken der Bürger in der Sitzung mit fragwürdigen Vergleichen ab. So behauptete er unter anderem, die Belastung in österreichischem Wein sei doppelt so hoch und man müsse täglich mehr als sechs Liter Wein trinken, um Grenzwerte zu überschreiten.

Solche Vergleiche sind nicht nur unprofessionell, sondern eine Beleidigung für die Intelligenz der Bürger – und als Jurist müsste der Landrat es besser wissen: Die behördliche Schutzpflicht und das gesetzliche Vorsorgeprinzip gelten für unser wichtigstes Lebensmittel, das Trinkwasser, und nicht für Genussmittel wie Wein. Wer gesundheitliche Risiken der Bevölkerung mit sachfremden Vergleichen abtut, verdreht den rechtlichen Schutzauftrag einer Sicherheitsbehörde.

Das Ablenkungsmanöver mit PFOA: Bekannte Vertuschungsversuche

In der aktuellen Argumentation des Landratsamtes in den Medien wird zudem verstärkt betont, dass TFA „etwas ganz anderes“ und keinesfalls mit dem verbotenen PFOA vergleichbar sei. Für die IG „Unser Wald“ ist dies ein reines Ablenkungsmanöver, um die Bevölkerung in falscher Sicherheit zu wiegen.

„Das Landratsamt baut hier eine Scheindebatte auf und widerlegt Argumente, die so nie vorgebracht wurden“, erklärt die Bürgerinitiative. „Niemand hat behauptet, dass TFA die exakt gleiche akute Giftigkeit besitzt wie PFOA. Die wahre Gefahr von TFA liegt in seiner extremen Langlebigkeit und der Tatsache, dass es sich schleichend, aber unaufhaltsam überall anreichert. Die Behauptung, die Stoffe seien 'nicht vergleichbar', dient nur dazu, vom eigentlichen Problem abzulenken.“

Der feine Unterschied: TFA ist technisch unfiltrierbar

Tatsächlich ist der Vergleich mit der PFOA-Vergangenheit für das Landratsamt sogar hochgradig unangenehm. Denn während größere PFAS-Moleküle wie PFOA mit Methoden wie Aktivkohlefiltern relativ gut aus dem Wasser entfernt werden können, ist dies bei TFA aufgrund seiner extremen Mobilität und geringen Molekülgröße technisch praktisch unmöglich.

TFA kann mit herkömmlichen Verfahren schlicht nicht aus dem Wasser gefiltert werden. Es rutscht durch jeden Standardfilter ungehindert durch. Wenn das Landratsamt also behauptet, TFA sei nicht mit PFOA vergleichbar, dann verschweigt es die halbe Wahrheit: In puncto Wasserreinigung ist TFA das weitaus größere und ungelöste Problem. Einmal im Wasserkreislauf eingebracht, verbleibt es dort dauerhaft. Auch das Argument der vermeintlich „schnelleren Ausscheidung“ durch den Körper bricht zusammen, sobald Bürger der Chemikalie durch die Dauereinleitung permanent über das Trinkwasser ausgesetzt sind.

Behörden nutzen rechtliche Grauzone aus

Besonders besorgniserregend für die Bürgerinitiative: Das Landratsamt verweist darauf, dass es zwar mittlerweile Grenzwerte für den Gehalt *in* Gewässern gibt, aber noch keine rechtssichere, konkrete Vorschrift für die *Abwassereinleitung* selbst existiert.

Die IG „Unser Wald“ sieht darin ein fatales Ausnutzen einer Gesetzeslücke: „Nur weil die Bundes- oder EU-Bürokratie mit den Einleitungsregeln hinterherhinkt, entbindet das das lokale Landratsamt nicht von seiner Pflicht, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Ein vorausschauender Landrat würde im Sinne des Vorsorgeprinzips handeln, anstatt sich auf dem Fehlen von Vorschriften ausruhen.“

Unsere Forderungen an den Landrat und das Landratsamt:

1. Sofortige Transparenz und Aktenherausgabe:

Wir fordern die unverzügliche Beantwortung der UIG-Anfrage zu TFA sowie die sofortige Aushändigung der fertigen Protokollabschrift des Erörterungstermins zum Windpark an alle Beteiligten.

2. Beendigung der Scheindebatten:

Das Landratsamt muss aufhören, TFA durch den Vergleich mit PFOA oder Wein harmlos zu rechnen, und stattdessen darlegen, wie die unumkehrbare Anreicherung im Grundwasser gestoppt werden soll.

3. Sofortige Überprüfung und Anpassung der Einleiterlaubnis:

Eine Tonne TFA pro Jahr ist angesichts der neuen EU-Warnstufen und der Unfiltrierbarkeit des Stoffes nicht mehr tragbar.

4. Beendigung der Blockadehaltung:

Wir fordern Landrat Windshorst auf, unsere Gesprächsanfrage nach drei Monaten endlich zu beantworten und sich den sachlichen Fragen der Bürger zu stellen.

Die IG „Unser Wald“ wird das Thema nicht auf sich beruhen lassen und bereitet derzeit weitere juristische Schritte vor – darunter eine unmittelbare Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Behördenleitung.

Pressekontakt:

IG „Unser Wald“ / Vereinte Waldfreunde AÖ

Vertreten durch: Brunhilde Husmann

lg-unser-wald@t-online.de

0176 3538 0061